Lübecker Nachrichten

"Nationale Kraftanstrengung" für mehr Abschiebungen

Bund und Länder beraten heute über 16-Punkte-Plan: Finanzielle Anreize und "Bundesausreisezentren" sollen Rückführungen erleichtern

Von Jörg Köpke und Dieter Wonka

Berlin. Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist 2016 deutlich gestiegen. Die Bundesregierung zählte für das vergangene Jahr insgesamt 25 375 Fälle – ein Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr um 21,5 Prozent.

Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Die Zahl der geförderten freiwilligen Ausreisen nahm demnach um 54 Prozent auf gut 54 000 zu. Allein nach Afghanistan kehrten 3326 Menschen "freiwillig" zurück. Ein Jahr zuvor waren es noch 309.

Während die Zahl der Abschiebungen aus den Ländern Bremen, Sachsen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein um mindestens die Hälfte anstieg, gab es in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und dem Saarland einen Rückgang.

Drei Viertel aller Abschiebungen

entfielen auf die Westbalkanländer. 398 Abschiebungen gingen in die drei nordafrikanischen Staaten Tunesien (116), Algerien (169) sowie Marokko (113), die zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen. Auch die Zahl der Zurückweisungen an der deutschen Landesgrenze nahm stark zu. Waren es 2015 noch 4689 Fälle, so stieg deren Zahl im vergangenen Jahr auf 16 562.

Linken-Innenexpertin Ulla Jelpke sagte dem RND, der Ruf nach weiteren Verschärfungen bei Abschiebungen sei angesichts der deutlich gestiegenen Zahlen und der bereits vorherrschenden Abschiebepraxis "völlig daneben". Jelpke kritisierte Abschiebungen in Kriegsgebiete als "unmenschlich". Es dürfe keine Bundeskompetenz und keine Bundeszentren für Abschiebungen geben, erklärte die Linken-Politikerin.

Mit einer "nationalen Kraftanstrengung" sollen Bund und Länder auf das dramatisch steigende Problem von immer mehr Rückreisepflichtigen in Flüchtlings-Herkunftsländer reagieren. In einer Beschlussvorlage für das heutige Treffen der Bundeskanzlerin mit den 16 Regierungschefs der Länder, die dem RND vorliegt, heißt es, insbesondere müsste die Rückführung derjenigen deutlich gesteigert werden, "von denen Sicherheitsgefahren ausgehen können".

Bei dem Spitzentreffen im Kanzleramt soll deshalb ein 16-Punkte-Katalog verabredet werden. Dieser sieht unter anderem die erweiterte Abschiebehaft für ausreisepflichtige Gefährder vor sowie die Aufenthaltsbeschränkung für Personen, die im Asylverfahren bereits durch

Tricksereien auffällig wurden. Mit 40 Millionen Euro zusätzlich soll die freiwillige Rückkehr gefördert und mit weiteren 50 Millionen Euro die Reintegration ausgebaut werden. Rückkehrerfragen sollen zentralisiert abgearbeitet werden. Unter anderem mit "Bundesausreisezentren" könnte die schnelle Rückführung erleichtert werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will Personal für die Länder bereitstellen, um schnellere Problemlösungen zu ermöglichen. Abschiebehaft könnte es künftig auch dann geben, wenn sie länger als drei Monate dauern könnte, weil Herkunftsländer die nötigen Papiere nicht ausstellen.

Einer der umstrittensten Punkte im Merkel-Plan, der Anleihen an die Vorgehensweise der US-Administration unter Donald Trump nimmt, ist die Auswertung von Handys und Sim-Karten von Flüchtlingen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. So will man die Identität von Flüchtlingen zweifelsfrei klären.

SPD-Ministerpräsidenten sind verärgert

Unions- und SPD-Politiker streiten schon vor dem Bund-Länder-Treffen über den 16-Punkte-Plan für mehr Abschiebungen. Sachsens CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich sagte dem RND: Bei den meisten der 16 Punkte sei man "auf dem richtigen Weg, deshalb gehe ich davon aus, dass am Donnerstag ein Ergebnis erzielt wird".

Dagegen heißt es von SPD-Ministerpräsidenten, es sei "infam", dass die Kanzlerin das Beschlusspapier erst an die Presse und dann an die Staatskanzleien weitergeleitet habe. Auf einer solchen Basis könne man keine vertrauensvollen Gespräche miteinander führen. Vorsorglich rechnet deshalb die Bundesregierung selbst mit einer Verständigung auf einen Bund-Länder-Kompromiss zur Rückkehrpolitik "spätestens bis Ende März".